

B Unabhängige Bauernzeitung

Organ des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes

60. Jahrgang / Heft 128 • www.ubv.at • Juni 2019



Die Wahrheit ist dem Menschen zumutbar.
Ingeborg Bachmann

Landwirtschaft neu denken und handeln



LKR ÖKR Karl Keplinger

Geschätzte Bäuerinnen, Bauern und Unternehmer!

„Wir stehen als Branche am Scheideweg: neue Wege für neue Perspektiven oder Zusperrern. Nachdem wir nicht zusperrern wollen, brauchen wir neue Wege. UBV-Vi-

zepräsident LKR Johann Herbst und der Unternehmer Josef Kaltenegger - beide aus der Steiermark - haben sich über die Zukunft der Landwirtschaft sowie zur neuen GAP 202-2027 Gedanken gemacht und ein völlig neues Programm erarbeitet. Am UBV-Bundesverbandstag (s. dazu S. 4) wurde es beschlossen und an Präsident Josef Moosbrugger sowie die damals amtierende Ministerin Elisabeth Köstinger übergeben. Es ist ein Programm, das bäuerlichen Betrieben das Überleben garantieren soll - durch die Honorierung ihrer Produktionsleistungen sowie ihrer Leistungen in den Bereichen Ökologie, naturnahe Tier-

haltung, Landschaftsschutz und Pflege der Kulturlandschaft. Es ist ein Programm, das klar sagt, was wir Bauern brauchen, um überleben zu können. Das Programm orientiert sich an den ökonomischen Notwendigkeiten eines Betriebes. Unser Leitgedanke ist: „Landwirtschaft neu denken und handeln = ökosozial leben“. Die Notwendigkeit eines neuen Weges braucht es auch für unsere Partner in den vor- und nachgelagerten Bereichen. Wir laden euch ein, unseren neuen Modellansatz zu diskutieren.“

*LKR ÖKR Karl Keplinger
Rinder- & Ackerbauer,
Präsident UBV Österreich & OÖ*

Foto: bka/Andy Wenzel



BK Dr. Brigitte Bierlein

Sehr geehrter Herr ÖR KR Keplinger!

Im Namen von Bundeskanzlerin Dr. Brigitte Bierlein danken wir

für Ihre Nachricht und vor allem für Ihre fundierten Vorschläge zur Gemeinsamen Agrarpolitik auf Ebene der Europäischen Union. Wir freuen uns, mit Ihnen in Kontakt stehen zu dürfen! Wie Sie sicherlich wissen, waren die Ereignisse der letzten Tage und Wochen eine herausfordernde Zeit für Österreich. Die Bundesregierung unter Dr. Brigitte Bierlein ist angetreten, um das Vertrauen der Bürger in die Politik wieder zu stärken. Hierzu achtet die Frau Bundeskanzler

Ihre fundierten Anregungen zur Neugestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik als sehr wichtigen Beitrag. Sollten Sie dies noch nicht getan haben, empfehlen wir Ihnen, Ihre fundierte Stellungnahme auch an das zuständige Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus zu übermitteln, damit die fachlich zuständigen Kollegen damit befasst werden können.

*HR Mag. Maria Auer
Leiterin Abteilung Bürgerservice*



Dieser Beitrag wurde in Blick ins Land S.14/15 in Ausgabe 5/2019 veröffentlicht. Wir bringen eine geänderte Fassung dieser Doppelseite.

UBV: Stopp dem Herumtrampeln am Bauernstand!

Seit Jahren wird uns täglich aus allen Ecken der Gesellschaft erklärt, was wir tun dürfen und was nicht. Jetzt hagelt es auch Verurteilungen. Man hat den Eindruck, Bauern machen alles falsch. Es scheint, man sei der Spaßverderber des schrankenlosen Konsums. Die aktuelle GAP orientiert sich an Konzernwünschen und am schrankenlosen - für die Bauern tödlichen - Welthandel. Wir wollen eine andere GAP. Das Diskussionspapier liegt vor.

Man lebt auf unsere Kosten

Wir müssen festhalten: Die Gesellschaft lebt unverschämt auf Kosten der Substanzen unserer Betriebe. Jeder Berufsgruppe gesteht man ein Einkommen zu. Gehaltserhöhungen sind

selbstverständlich. Jeder Unternehmer darf Gewinne machen. Doch es ist selbstverständlich, die Leistungen der Bauern „gratis“ zu nehmen. Die „Ausgleichszahlungen“ sind Almosen. Bauern werden zu Bittstellern degradiert. Laufend bindet man den Bauern neue Auflagen auf den Rücken, welche sie zu Boden drücken. Viele sperren deshalb ihre Betriebe zu. Diese Entwicklung ist kein Zufall, das wird so gesteuert. Wir wollen das ändern. Da wir nicht zusperren wollen, brauchen wir neue Wege. Wir brauchen 2 bis 3 Mal mehr Einnahmen als derzeit. Wir haben dazu einen Vorschlag zur Diskussion entwickelt, wie wir Bauern wieder Perspektiven haben können. Detaillierte Infos dazu unter: www.ubv.at, per E-Mail an office@ubv.at oder in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift.

Es gibt genug Geld

Wir fordern u.a. eine Abgeltung der Bereitstellung von Kulturland (also je ha einen Fixbetrag), dazu echte Spielregeln auf den Märkten:

- * Stopp des unkontrollierten Warenverkehrs bei Lebensmitteln
- * Produktkennzeichnung nach dem französischen Modell
- * Maximal 100 % Preisaufschlag für den Lebensmittelhandel (LEH). Kauft der LEH z.B. ein Produkt um 50 Cent ein, dann darf es um maximal 1 Euro verkauft werden. So stellen wir das Preisdumping ab.

Die Landwirtschaft erwirtschaftet kaum die Kosten für die Betriebsmittel. Ein Arbeitseinkommen von unter 2 Euro Stundenlohn ist eine Schande. Investitionen erfolgen durch Grundverkauf, teure Kredite oder Holzverkauf. Kein Unternehmer lebt so von seiner Substanz, nur der Bauer. Dabei ist

genug Geld da. Es ist nur falsch verteilt. Firmen dürfen selbstverständlich Gewinne machen, wie Löhne laufend steigen. Die europäische Zentralbank EZB stellt für Spekulanten in maroden Banken, Staatshaushalten und Firmen in Europa laufend hunderte Milliarden bereit. Finanziert vom Steuerzahler. Daher wird auch genug Geld für die Land- und Forstwirtschaft da sein. Wir brauchen 2-3 Mal mehr an Einnahmen, das sind 3-5 Mrd. Euro im Jahr. Dann sind wir ökonomisch wieder fit.

„Viele Bauernhöfe haben größte Finanzprobleme. Es passen die Einnahmen nicht - weil die Spielregeln nicht passen. Diese sind am Ende des Tages aber maßgeblich für unsere Produktpreise. Daher brauchen wir ein neues Agrarmodell ohne faule Kompromisse. Die Lippenbekenntnisse der Standesvertreter in den letzten Jahren haben die Situation in der Land- und Forstwirtschaft nicht verbessert, sondern verschlechtert. Daher wollen wir eine neue - andere - Agrarpolitik, wo nicht das Marketing einzelner Personen, sondern unsere Einnahmen wieder im Vordergrund stehen. Nur so haben unsere jungen Bauern auf den Höfen echte Perspektiven.“

*LKR Johann Ilsinger
Berg- und Almbauer,
Obmann UBV Steiermark*



„Es brennt bei vielen Betrieben der Hut lichterloh. Wir haben größte Sorgen, z.B. fressen uns Mai- und Junikäfer unsere Wiesen weg, und noch immer gibt es keine praxisgerechte Lösung. Beim Mais- und Erdäpfelanbau sowie bei den Zuckerrüben wollen uns NGOs die Spielregeln diktieren. Was aus uns wird, interessiert diese Akteure nicht. Weiteres Beispiel: Aktuell werden wir mit Holzimporten aus Tschechien überschwemmt, während bei uns die Holzlager verschimmeln und vergammeln - weil die Spielregeln nicht passen. Die Solidarität beschwören, verbessert unsere Einkommen nicht. Wir brauchen eine andere Agrarpolitik mit echten, konkreten Spielregeln.“

*BKR Herbert Hochwallner
Rinder- und Obstbauer, Zimmerermeister,
Obmann UBV NÖ-Wien-Bgld*



„Wenn wir als Bauern die ganzheitliche Wirtschaftsweise leben wollen, brauchen wir Spielregeln, die uns stützen und nicht abmontieren. Das trifft uns direkt am Hof mit unseren Produkten. Oder indirekt wie z.B. beim Bau einer 380 KV Stromleitung. Aktuell lebt die Politik meist Konzerninteressen, koste es, was es wolle. Aber ein Erdkabel - um beim Strom zu bleiben - wird aus Kostengründen ausgeschlossen. Uns Bauern wird aber, egal bei welcher Produktionsweise, jede Auflage zugemutet, egal was diese kostet. Das wollen wir mit einem

anderen Agrarmodell abstellen. Damit wir eine faire Chance haben. Jetzt haben wir das nicht.“

*LKR Stefan Weiss Biobauer,
Obmann UBV Salzburg*



„Ein Markt ohne Spielregeln ist russisches Roulette. Der schrankenlose Transit von Lebensmitteln quer durch Europa und die Weltmeere raubt uns die Einkommen. Wir gehen ohne echte Spielregeln auf den Märkten unter. Das Problem beginnt in der EU. 10 % der Betriebe kasieren 60 % der Förderungen, 40 % bleiben für den Rest. 90 %, also die meisten von uns, schauen schweigend zu. Das trifft den Lebensmittelhandel, der ohne Kontrolle irgendwo einkauft und dann mit der durch uns gestalteten Landschaft für die nicht kontrollierte Importware Werbung macht. Was sind das für Spielregeln auf unsere Kosten?“

*LKR Johann Herbst
Obstbauer und Unternehmer,
Vizepräsident UBV Österreich*



Bundespolitiker bei UBV-Landestagung

UBV NÖ

Ein volles Haus gab es am 29. April bei der Tagung des UBV Niederösterreich in Pöchlarn. LO Herbert Hochwallner konnte mit BB Präsident Georg Strasser, Agrarsprecher der ÖVP im Parlament sowie mit Maximilian Linder - Agrarsprecher der FPÖ im Nationalrat - zwei wichtige Teilnehmer der sogenannten Taskforce für die Landwirtschaft begrüßen. Neben den beiden Spitzenvertretern aus dem Nationalrat referierten mit Karl Eder von BRAMBURI und dem Steirer Josef Kaltenegger zwei Unternehmer zu aktuellen Problemen für die Bauern.

Die beiden Nationalräte Strasser und Linder mussten dabei zur Kenntnis nehmen, dass den Bauern die Sorgen um ihre Existenzen ordentlich drücken. In zahlreichen Wortmeldungen beklagten diese die häufig ökonomisch schwierige Situation auf den Betrieben.

Die anwesenden Bauern waren mit den Ausführungen wie Vorstellungen der beiden Vertreter der Regierungsparteien nur bedingt zufrieden. Vor allem die zaghafte und ausweichende Argumentation zu konkreten Beispielen und die komplett defensive Herangehensweise an Problemstellungen erzürnte die Bauern.

Klimaverschlechterung und Schädlingsdruck

Der Unternehmer Karl Eder, Chef von Bramburi und Praktiker mit Schwerpunkt Ackerbau, skizzierte eindrucksvoll den enormen Anstieg an tierischen Schädlingen bei vielen Ackerkulturen und im Grünland. Egal ob in Österreich oder im angrenzenden Ausland, der Schädlingsdruck wird immer größer.

Für eine effiziente Bekämpfung dieser Schädlinge fehlen aber nach den Ausführungen von Karl Eder derzeit viele gesetzliche Rahmenbedingungen in Österreich. Dadurch kommt es zu gravierenden Wettbewerbsver-

zerrungen mit den Mitbewerbern - teilweise in der EU wie auch außerhalb.

Das ist für die betroffenen Bauern gleichermaßen empörend wie deprimierend, weil es durch die fehlende Möglichkeit der Bekämpfung große Verluste bei den Einkommen gibt. Es braucht im Zusammenhang mit diesem Schädlingsdruck für Ackerbau und Grünland dringend bessere Rahmenbedingungen beim Pflanzenschutz. Neben den vielen Problemzonen auf Acker- und Grünlandböden zeigte Karl Eder auch eindringlich die enormen Schäden in den Wäldern durch z.B. den Borkenkäferbefall auf. Wird hier nicht rasch intensiv gegengesteuert, werden die Wälder in den Trockenregionen in bald zerstört sein. Der entstehende Schaden wird in die Milliarden gehen.

UBV Programm: Landwirtschaft und Agrarpolitik neu denken & handeln = ökosozial leben

Im Gegensatz zu Strasser und Linder ist Josef Kaltenegger nicht der Meinung, dass die aktuelle Agrarpolitik passt. Kaltenegger betonte, dass man - will man den Bauern wirklich eine Stütze sein - die Agrarpolitik komplett neu gestalten muss. Konkret muss man also in Österreich definieren, wie man die Agrarpolitik gestalten will. Darauf aufbauend sind die Rahmen bzw. Spielregeln festzuschreiben.

Obmann Herbert Hochwallner überreichte nach einer intensiven Diskussion den beiden Vertretern der Bundesregierung das Programm des UBV Österreich „Landwirtschaft neu denken & handeln = ökosozial leben“ und lud sie ein, diese Überlegungen zu unterstützen.



Das Bild zeigt von links NR Maximilian Linder, BB Präsident NR Georg Strasser, UBV NÖ-Wien-Burgenland Obmann Herbert Hochwallner, BRAMBURI Chef Karl Eder und den Unternehmer Josef Kaltenegger.

Unsere Anträge in den Kammern

Oberösterreich

3. Quartal 2018

Ausnahmeregelungen von der Pflichtversicherung wie für Kleingewerbetreibende

UBV dafür; BB, Grüne, FP- und SP-Bauern dagegen.

Private, der land- und forstwirtschaftlichen Produktion dienende, innerbetriebliche Verkehrsflächen und Wege fördern

UBV dafür; BB, Grüne, FP- und SP-Bauern dagegen.

Verwendung von Spikes bei Fahrzeugen über 3,5 t, die im Winterdienst tätig sind

UBV und FP-Bauern dafür; BB, Grüne und SP-Bauern dagegen.

Einkommensmindernde Klimabedingungen im Einheitswert berücksichtigen

UBV dafür; BB, Grüne, FP- und SP-Bauern dagegen.

Anträge aller Fraktionen wie in der Wirtschaftskammer-Zeitung veröffentlichen

UBV, Grüne, FP- und SP-Bauern dafür; BB dagegen.

Dem Sachkundeausweis für Pflanzenschutz nach absolvierter Weiterbildung in dem vorgeschriebenen Zeitraum unbegrenzte Gültigkeit zu gewähren

UBV dafür; BB, Grüne, FP- und SP-Bauern dagegen.

Volksabstimmung: Die Konsumenten sollen entscheiden, ob die Produktion unserer Grundnahrungsmittel in Österreich von bäuerlichen Familienbetrieben erfolgen soll, oder eine indust-

rielle Bewirtschaftung und Nahrungsmittelproduktion vorziehen.

UBV dafür; BB, Grüne, FP- und SP-Bauern dagegen.

1. Quartal 2019

Bei der KFZ-Begutachtung für Traktoren und selbstfahrenden Arbeitsmaschinen mit einer Bauartgeschwindigkeit von 50 km/h sollen die gleichen Begutachtungsintervalle gelten wie bei Zugmaschinen mit einer Bauartgeschwindigkeit von 40 km/h

Einstimmig angenommen

Die Umsatzsteuroption in der bewährten Form wieder einführen. Spätestens nach 5 Jahren muss ein Ausstieg ohne Berichtigung wieder gewährt werden

UBV dafür; BB, Grüne, SP- und FP Bauern dagegen

Die Wiedereinführung des Agrardiesels sofort umsetzen

UBV, BB, SP- und FP Bauern dafür; Grüne dagegen

Für Stallbauten, die den Tierwohl-Standards in der Nutztierhaltung entsprechen, 50 % Direktbeihilfe/-zuschuss zu den Nettobaukosten gewähren

UBV und FP-Bauern dafür; BB, Grüne und SP-Bauern dagegen

Notwendige Geldmittel für Forschung und Züchtung von Futterpflanzen sowie Forstpflanzen im Hinblick auf Klimabedingte Veränderungen zur Verfügung zu stellen

Einstimmig angenommen.

Steiermark

Die vom Bauernbund mitgetra-

gene Erhöhung der Einheitswerte soll zur Gänze zurückgenommen werden.

Der UBV wird weiterhin dran bleiben.

Wolf freier Alpenraum: Einen Erfolg dazu ließ der Bauernbund nicht zu.

Siehe dazu:

<https://stmk.lko.at/wolf-schutzstatus-herabsetzen+2500+2929818>

Bessere Herkunftskennzeichnung zum Schutze unserer bäuerlichen Betriebe und unserer Konsumenten: Französisches Modell

BB sträubt sich

Salzburg

Wir fordern, die Digitalisierung der Almfutterflächen sofort einzustellen, alle von den Landwirten akzeptierten Vor-Ort-Kontrollergebnisse anzuerkennen, die noch nicht Vor-Ort-kontrollierten Almen im Sommer 2017 zu begutachten und die Digitalisierungen am Computer sofort einzustellen. Die Ergebnisse der Vor-Ort-Kontrolle müssen mindestens eine Förderperiode oder 7 Jahre Gültigkeit haben.

LKW Österreich soll kostendeckenden Milchpreis berechnen, dieser wird fixer Bestandteil in Lieferverträgen. Der Handel soll auf Eigenmarken verzichten und verstärkt regionale Produkte anbieten.

Die Bundesregierung und der Nationalrat sollen einen Gesetzesvorschlag erarbeiten, der die Einführung einer Steuer auf Palmöl und Palmfett ermöglicht.

UBV-Reise in die Slowakei

Die Studienreise des UBV vom 15.-18. April 2019 führte in unser Nachbarland Slowakei. Besichtigungen landwirtschaftlicher Betriebe, touristische Sehenswürdigkeiten und vor allem der Landwirtschaftskammer in Bratislava waren die Höhepunkte.



alle Fotos: UBV

32 Reisende erlebten 4 eindrucksvolle Tage.

Die Landwirtschaft in der Slowakei - Das Wichtigste in Kürze

Landwirtschaftskammer: Hier dürfen nur Mitglieder wählen, die einen Mitgliedsbeitrag entrichten. Von den kleinen Landwirten wird kritisiert, dass dieses Gremium nur Große repräsentiert. Im Vergleich zu Österreich gibt es in der Slowakei den Agrardiesel. Rund die Hälfte der Landesfläche (gesamt 49.036 km²) wird landwirtschaftlich genutzt, knapp 40 % der Fläche sind Wald.

Im Durchschnitt besitzt ein Landwirt 95 ha. Die großen Betriebe sind meist Pächter und bewirtschaften 90 % der Fläche. Ausländische Investoren aus Dänemark, den Niederlanden, Deutschland und Österreich lassen sich nicht verhindern.

Die Ackerflächen werden hauptsächlich mit Getreide und mit Ölpflanzen bestellt. Für Kartoffel und Gemüse sind die Bodenverhältnisse optimal. Der Zuckerrübenanbau geht etwas zurück. Typisch für die Slowakei ist die Schafhaltung. Der Schweinebestand ist derzeit so niedrig wie nach dem 2. Weltkrieg.

Für 1 kg Milch bekommen die Landwirte 30 Cent und für eine Tonne Weizen 160 Euro. Rindfleisch liegt bei 2 Euro und Schweinefleisch bei 1,60 Euro je kg. Aufgrund der Förderungen ist das Einkommen der Landwirte leicht gestiegen. Zirka 38 % Abgaben leisten die Landwirte monatlich an die Sozialversicherung.

In Nitra befindet sich die Universität für Landwirtschaft. Die AGRO-KOMPLEX - eine große landwirtschaftliche Messe findet ebenfalls in Nitra jährlich statt.

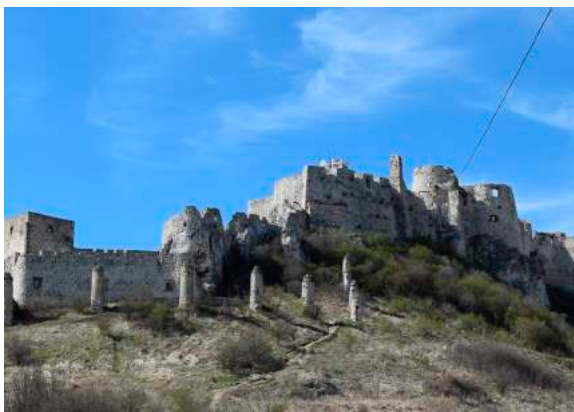
Nach dem Einblick in die Landwirtschaft in der Kammer in Bratislava ging es 340 km Richtung Nordosten in die **Hohe Tatra**. Dieser Gebirgszug befindet sich im nördlichen Teil der Slowakei, an der Grenze zu Polen. Im Jahre 1949 war sie zum ersten Nationalpark in der Slowakei und 1993 zum Biosphärischen Naturschutzgebiet erklärt worden. Der Weg führte uns durch das Nobelschigebiet Donovaly und vorbei am Stausee Liptovska Mara. Für den größten Stausee in der Slowakei mit 360 Mio. m³ Stauvolumen wurden 1976 12 Dörfer überschwemmt. Die Sehenswürdigkeiten wurden in einem nahegelegenen Freilichtmuseum aufgebaut. Der Berg Kriván in der Hohen Tatra ist ein Nationalsymbol und auf den 1-, 2- und 5 Cent Münzen abgebildet. In November 2004 verursachte ein Sturm mit Orkanstärke enorme Schäden auf einer Fläche von 12.600 ha. Seitdem werden die Fichtenmonokulturen durch Mischwälder ersetzt. Die Niedere Tatra und die Hohe Tatra laden ein zu schönen Ski- und Wanderurlauben.



Am zweiten Tag besichtigten wir den Betrieb **Vychodna** in der gleichnamigen Ortschaft. Der auf 930 m Seehöhe liegende Betrieb wurde 1958 als Genossenschaft mit vielen kleinen Betrieben gegründet. Der Vorteil für die kleinen Landwirte bestand darin, dass z.B. Maschinen von allen Mitgliedern genutzt werden konnten. Die Gründung der Genossenschaft wurde vom Staat gefördert. 2008 kam ein britischer Urlauber zu Gast und entschied sich als Investor einzusteigen. Rinderzucht, Pflanzenproduktion, eine Kräuterplantage, Käseherstellung und Betriebsbesichtigungen sowie ein Streichelzoo waren die Vorgaben des britischen Geldgebers. Auch auf die Biologische Wirtschaftsweise legt der Brite Wert, der jährlich für einige Wochen mit der gesamten Familie zu Besuch kommt. 47 Personen, die zum Teil auch Besitzer der 1500 ha sind, haben ihren Arbeitsplatz auf diesem Betrieb. Die 800 Kühe werden dreimal täglich gemolken. Da die Biomilch in der Slowakei nicht absetzbar ist, wird sie nach Deutschland exportiert (41 Cent/Liter Milch). Im Geschäft bezahlt man für einen Liter zwischen 75 Cent und 1 Euro. Von den 770 Schafen musste sich der Betrieb aus wirtschaftlichen Gründen verabschieden. Die Bio-Schafmilch für die Käseherstellung wird zugekauft. In einem ansprechend eingerichteten Hofladen mit Café kann man den selbsterzeugten Käse aus Kuh- und Schafsmilch und Kräuterteemischungen erwerben.

Weiter ging es in die liebevolle Stadt **Levoca** - gesprochen Leutschau - die bis heute von den mittelalterlichen Stadtmauern umgeben ist und in der viele Deutsche und Roma leben. Dort besichtigten wir die zweitgrößte Kirche der Slowakei. Die St. Jakobs Kirche ist bekannt für ihren hölzernen spätgotischen 18,6 m hohen Flügeltar.

In der Nähe der früher bedeutenden Handelsstadt Levoca liegt die **Zipser Burg**. Sie zählt zu den ältesten Burgen der Slowakei und mit 4 ha zu den größten Burganlagen Mitteleuropas. Auf jeden Fall sehenswert sind die Rüstungen im Museum und die Aussicht auf die Umgebung.



Am dritten Tag besichtigten wir in **Hronsek** eine wunderschöne Holzkirche aus dem Jahr 1726. Die aus Roter Fichte und Eiche erbaute Kirche hat einen Grundriss in Form eines Kreuzes und bietet 1100 Sitzplätze.



In **Zvolen** besuchten wir ISOKMAN, den größten Lebendtierhändler in der Slowakei. Neben dem Export trächtiger Rinder, vorzugsweise nach Russland und in die Mongolei, beschäftigten sich die 5 Besitzer mit Rinderimporten für die Slowakei, künstlicher Besa-

mung sowie Embryotransfer, Pferdezucht und Ackerbau. Agrotourismus ist ein weiteres Standbein des Betriebs. Auch hier wurde die Schafzucht aufgegeben.

Ungefähr 40 km vor Bratislava, in **Ruzindol**, besuchten wir eine Biogasanlage mit einer Leistung von 1 Megawatt. 138-142 Euro Erlös pro MW sind für den Betreiber für die nächsten 15 Jahre garantiert. Die Anlage wurde 2012 in Betrieb genommen und kostete 3,8 Mio. Euro. Auf 1800 ha, davon 70 % Pachtfläche, werden Getreide und Ölsaaten angebaut.

Den letzten Tag unserer Reise verbrachten wir in **Bratislava**. Sie ist seit 1993 die Hauptstadt und hat knapp eine halbe Million Einwohner. Seit Mitte Juni ist mit Zuzana Caputova zum ersten Mal eine Frau Staatsoberhaupt.

Unsere Stadtrundfahrt führte uns durch das Villenviertel; einst waren es Weinberge, Jagdgebiete und Gärten, jetzt stehen dort die Residenzen vieler Wohlhabender und diverse Botschaften. Einen kurzen Stopp machten wir beim größten Kriegsdenkmal in Mitteleuropa. Hier liegen über 6.000 Sowjetsoldaten begraben, die bei der Befreiung Bratislavas während des Zweiten Weltkrieges gefallen sind. Mit einem Spaziergang durch die wunderschöne Altstadt, vorbei an berühmten und geschichtsträchtigen Kunstwerken und Baudenkmalern, endete unsere eindrucksvolle Reise im Nachbarland Slowakei.

SVB- Ein Fass ohne Boden



2019 zahlen die Bauern über eine Milliarde Euro SVB-Beiträge. Die Erhöhung der Einheitswerte (auf Vorschlag der neun LK-Präsidenten, alle Bauernbund) hat richtig Dynamik bei den Beiträgen aufgenommen. In zehn Jahren wird man den Bauern jährlich 1,5 Mrd. vorschreiben. Immer weniger Landwirte zahlen immer mehr! Wie sollen die Betriebe das finanzieren, wenn 50 bis 60 % ihres LW-Einkommens bereitgestellt werden müssen? Die 26 Mio. Euro Zusatzpensionen für die ehemaligen SVB-Angestellten hat auch

die Mehrheitsfraktion zu verantworten. Die Erhöhung der Viehzuschläge und das Heranziehen der Ausgleichszahlungen zur Bemessung des Einheitswertes waren nicht gerechtfertigt. Die Ausrede, dass aufgrund höchstrichterlicher Erkenntnisse die Einheitswerte neu festgestellt werden müssen, heißt nicht automatisch, dass eine Erhöhung stattfinden müsse. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte waren nämlich 2010 niedriger als bei der Feststellung 1988.

ÖR KR Johann Großpötzl

Einheitswert

Im März 2012 haben alle Bauernbund-Landwirtschaftskammerpräsidenten mit ihrer Unterschrift die Erhöhung der Einheitswerte von der Vorgängerregierung gefordert und die auch im Jahr 2018 wirksam wurde. Es ist etwas skurril, wenn eine Interessensvertretung eine Erhöhung der Ein-

heitswerte und damit auch die Erhöhung sämtlicher Abgaben als notwendig sieht. Und das bei immer weniger werdenden landwirtschaftlichen Einkommen. Die Sozialversicherungsanstalt der Bauern rechnet bis 2030 mit jährlichen Mehreinnahmen von sage und schreibe 36 Mio. Euro. Sämt-

liche vom UBV gestellten Anträge zur Senkung der Einheitswerte und Sozialversicherungsbeiträge wurden vom Bauernbund abgelehnt. Noch vor seinem Ausscheiden verlangte Landwirtschaftskammerpräsident Reisecker eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge.

1500 Euro Kinderbonus auch für Pauschalierete



Seit Jahresbeginn ist der „FamilienbonusPlus“ – ein Steuervorteil, der das Haushaltseinkommen erhöht – wirksam. Nach Angaben des Finanzministeriums bleiben rund 950.000 Familien mit 1,6 Mio. Kindern, jährlich bis zu 1,5 Mrd. Euro mehr zum Leben. Der Familienbonus wurde zuerst als Familienentlastung vorgesehen. Daraus wurde eine Steuerentlastung für Leistungsträger. Daher stellt sich die Frage, ob pauschalierete Landwirte für ÖVP-FPÖ keine

Leistungsträger sind? Während die bauernbundgesteuerten LK- und Molkereifunktionäre neue Auflagen und Belastungen fordern, wird sich auch durch die neue LK-Führung nichts ändern. Die designierte Führung hat in der Vergangenheit schon für die ungerechtfertigten Kürzungen (Agrarbudget) der Bauern gestimmt. Daher fordert der UBV die Regierung auf, ihr Versprechen die Familien zu entlasten, auch für Bauern einzulösen.

KR Elfriede Hemetsberger

UBV Steiermark

BW-Beratung muss besser werden

Zukünftig sollen ganze 1,0 Dienstposten - also genau ein Mitarbeiter für die ganze Steiermark - sich um Innovationen in der Land- und Forstwirtschaft kümmern. Für das ganze Land und natürlich auch für alle Erwerbssparten.

Zu statisch, zu starr und ideenlos gestaltet sich die Organisationsplanung der Beratung land- und forstwirtschaftlicher Betriebe in der Steiermark, die vor allem anderen die Konzentration der Mitarbeiter in den restlich verbleibenden größeren Bezirks- bzw. Regionalkammern im Sinne hat.

Gut ausgebildet und motiviert- aber unstrukturiert

Viele der bestehenden Berater der LK Steiermark sind zweifelsohne gediegen ausgebildet, und die meisten scheinen absolut bemüht zu sein, unseren Bauern hilfreich zur Seite zu stehen. Doch es fehlt an strukturierten Arbeiten, etwa an systematischen Einsatz von Checklisten und weiterer organisatorischer Werkzeuge, um sich bei einem Beratungsgesuch mal zu allererst einen Gesamtüberblick über den betreffenden Betrieb zu machen. Denn die Erfahrung zeigt, dass des Öfteren die von einem Bauern zu Beginn genannten Probleme nicht jene wahren Probleme des Betriebes sind, die es schlussendlich zu lösen gilt.

Stellen Sie sich etwa einen Bauern vor, der eine Beratung wegen einer anstehenden Investitionsentscheidung - etwa welchen der aufgezählten fünf Traktoren er kaufen soll - begehrt. Dabei stellt sich in der groben Analyse gemäß abgearbeiteter Checkliste seines Betriebes heraus, dass die finan-

ziellen Mittel sehr beschränkt sind, die Kreditraten kaum noch steigierbar und das Dach des Stalls dringend renovierungsbedürftig ist. Macht es da denn einen Sinn, einen neuen Traktor auszusuchen? Nein, da müssen maschinelle Gemeinschaftslösungen gesucht und die Finanzmittel für die wichtige und dringend notwendige Dachsanierung zur Verfügung gestellt werden.

Den Betrieb "erkennen"

Betriebswirtschaftliche Beratung ist zusätzlich zur jeweiligen Spartenberatung vielfach wichtig, weil diese Wissensvermittlung vor allem in den schon zurückliegenden Ausbildungen massiv zu kurz gekommen ist. Doch das reine Bemühen des Beraters ist zu wenig. Gefordert sind frische und strukturierte Gedanken, die örtliche Kenntnis und Anwesenheit im betreffenden Betrieb, denn der Berater muss die Gegebenheiten vor Ort möglichst genau kennen und auch hinterfragen. „Präsent“ zu sein heißt nicht nur anwesend zu sein, sondern auch gegenwärtig. Und das Hauptwort „Präsent“ bedeutet im Deutschen neben Aufmerksamkeit auch Gabe und Geschenk. Schenken wir unseren Bauern also mehr Aufmerksamkeit, und wo notwendig auch mehr Zeit, gerade in der Beratung.

Schauen wir in der betriebswirtschaftlichen Beratung hinter die Fassade des Anfragenden, zu meist des Betriebsführers. Welche Ängste, welche Erfahrungen liegen vor und in welchen Wertekanon sind diese verschnürt? Das alles gilt es zu erkennen, um diese in Fragen des Beraters sodann aktiv anzusprechen. Denn ein großer

Anteil unserer Bauern ist überfordert, überlastet, sieht keinen Ausweg und verzweifelt vielfach an seiner empfundenen Hilflosigkeit. Besonders der Verlust der „Steuerungshoheit“, dessen Wiedererlangung er sich wieder wünscht, ist vorrangig wichtig, um seinen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb in eine sichere und gute Zukunft zu führen.

Krisenmanagement

Die betriebswirtschaftliche Beratung muss in Zukunft strukturierter und durch eingespielte beratende Innovationsteams mit verschiedenen gut abgestimmten Angeboten - geführt werden, die im Stande sind, Krisensituationen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben gezielt und rasch zu erkennen, um Notfallsituationen sodann unter Anleitung eines Krisenhandbuches bestmöglich und Schritt für Schritt zu meistern. Dabei können verschiedene Methoden der Selbstbewertung zum Einsatz kommen.

Unser Anspruch als Unabhängiger Bauernverband (UBV) ist es, ja unser Credo ist es, keinen in wirtschaftlicher Schieflage oder vor dem Bankrott stehenden bäuerlichen Betrieb zurück zu lassen oder diesen aufzugeben. Wir kämpfen als UBV bis zur letzten Minute und Sekunde (wie ein Notarzt vor Ort) um jede bäuerliche Existenz, um jede finanzielle Chance für die bäuerliche Familie, um jeden bäuerlichen Betrieb.

*LKR Mag. Gerhard Mariacher
Mitglied des BW-Beirats in der
LK Steiermark
gerhard.mariacher@gmx.at
Mobil: 0664/88455531*

Ob 40 oder 50 km/h: Forderung nach gleichen Begutachtungsintervallen

UBV OÖ

Bei der Vollversammlung im März stellte der UBV OÖ einen Antrag auf Angleichung der Begutachtungsintervalle. Für Traktoren und selbstfahrende Arbeitsmaschinen mit einer Bauartgeschwindigkeit von 50 km/h sollen die gleichen Begutachtungsintervalle gelten wie bei Zugmaschinen mit einer Bauartgeschwindigkeit von 40 km/h.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (Norbert Hofer, FPÖ) antwortete daraufhin wie folgt:

„Gemäß § 57a Abs. 3 Z 3 KFG (Kraftfahrgesetz) ist die wiederkehrende Begutachtung bei Zugmaschinen mit einer Bauartgeschwindigkeit von mehr als 25 km/h, aber nicht mehr als 40 km/h sowie bei selbstfahrenden Arbeitsmaschinen mit einer Bauartgeschwindigkeit von mehr als 30 km/h aber nicht mehr als 40 km/h drei Jahre nach der ersten Zulassung, zwei Jahre nach der ersten Begutachtung und ein Jahr nach der zweiten und nach jeder weiteren Begutachtung vorzunehmen. Bei diesen darf die Begutachtung auch in der Zeit vom Beginn des

dem vorgesehenen Zeitpunkt vorausgehenden Kalendermonates bis zum Ablauf des vierten darauffolgenden Kalendermonates durchgeführt werden.

Zugmaschinen mit einer Bauartgeschwindigkeit von mehr als 40 km/h fallen unter den Tatbestand des § 57a Abs. 3 Z 1 KFG und sind damit jährlich zu begutachten, wobei dies auch in einem Zeitraum von drei Monaten vor dem vorgesehenen Begutachtungsmonat zulässig ist.

Die unterschiedlichen Intervalle der wiederkehrenden Begutachtung von Zugmaschinen und Arbeitsmaschinen mit einer Bauartgeschwindigkeit von bis zu 40 km/h einerseits und solchen mit einer Bauartgeschwindigkeit von mehr als 40 km/h andererseits ergibt sich aus Sicherheitserwägungen.

Zugmaschinen, deren Bauartgeschwindigkeit höher als 40 km/h ist, bedürfen einer häufigeren Überprüfung als solche, die bauartbedingt nur langsamer fahren können. Auch sollte deshalb bei den Zugmaschinen mit höherer Bauartgeschwindigkeit kein über das Jahr hinausgehender Toleranzspielraum gewährt werden.“

Daraufhin haute Stefan Wurm in die Tasten des PC und wandte sich an das Verkehrsministerium:

Sehr geehrter Herr Verkehrsminister Hofer! Sehr geehrte Damen und Herren vom Verkehrsministerium!

Das beiliegende Schreiben von Ihnen ist eine Enttäuschung und Verhöhnung ALLER österreichischen Bäuerinnen und Bauern! Können Sie mir bitte erklären, warum JEDER neue PKW, egal ob dieser eine Bauartgeschwindigkeit von 150 km/h oder 250 km/h hat, als Neuwagen das „Pickerl“ (§ 57a) für 3 Jahre bekommt und bei Traktoren ein Unterschied gemacht wird, ob dieser 40 oder 50 km/h schnell fahren kann?

Wenn Sie nicht weiterhin alle fleißigen und ehrlichen österreichischen Bäuerinnen und Bauern verärgern wollen, dann wäre es angebracht, den einstimmigen Beschluss der LWK OÖ. in den nächsten 2 Wochen umzusetzen!

Mit freundlichen Grüßen

*Ök. Rat Stefan Wurm
Rechts- und wirtschaftspolitischer Sprecher des Unabhängigen Bauernverbandes*

Stefan Wurm zum Ökonomierat ernannt

Für seine großen Verdienste für die Landwirtschaft und die ländliche Gesellschaft wurde Stefan Wurm der Berufstitel Ökonomierat - die höchste Auszeichnung für Landwirte - verliehen. Mitte Mai

feierte der 61 jährige Gunkskirchner seine Auszeichnung gemeinsam mit Verwandten, Nachbarn, Geschäftspartnern, Freunden und Weggefährten. 230 Gäste folgten seiner Einladung und gaben ihm

die Ehre. Die Feier wurde von der Jagdhornbläsergruppe Gunkskirchen musikalisch begleitet.

UBV-Landesobmann Karl Keplinger würdigte seinen unermüdl-

chen Einsatz für Berufskollegen und berichtete, wie auch Karl Arthur Birnleitner, unter anderem über heitere Episoden aus dem Leben des Gratulanten.

NR Klaus Lindingers beschrieb Stefan Wurm als einen würdigen Ehrenträger, hinter dessen Einsatz nicht nur Worte stehen und dessen Werk auf umfangreichem Wissen basiert.

Bezirksbauernkammer-Obmann ÖR Bgm. Heinrich Striegl betonte Wurms fachliche Kompetenz und seine sehr direkte Art. Besonders hob er die gegenseitige Wertschätzung hervor, auch wenn sie nicht immer einer Meinung sind.

Agrar-Landesrat Max Hiegelsberger kennt den neuen Ökonomierat schon lange als sehr zielstrebigem Landwirt, dessen Ansichten wichtig und wertvoll für die Agrar-Politiker seien.

Neben der Arbeit auf seinem Betrieb hat sich Stefan Wurm in verschiedenen Vereinen und später

vor allem für die Anliegen der Bauern engagiert. Seit mehr als 20 Jahren leitet Stefan Wurm sehr erfolgreich eine 1986 in Gunkskirchen gegründete Einkaufsgemeinschaft. Schon vor 12 Jahren begann sein Einstieg in die Agrarpolitik durch sein Engagement beim Unabhängigen Bauernverband (UBV) und in der Landwirtschaftskammer in Linz. Es ist mit sein Verdienst, dass bei der letzten LK-Wahl auf Ortsebene die Zahl der Mandate von 28 auf 368 und die Zahl der Landwirtschaftskammerräte von 1 auf 5 gesteigert werden konnte.

Trotz Minderheitsfraktion gelingt es ihm in Vollversammlungen, im Rechts- und Wirtschaftspolitischen Ausschuss und früher im Pflanzenbauausschuss mehrfach, positive Änderungen für ALLE Landwirte zu erwirken. Anlässlich der Welser Messe im Dezember 2016 plante er eine Demonstration gegen den damaligen Landwirtschaftsminister Rupprechter, weil dieser nur jenen Landwirten eine Ermäßigung

der ungerechtfertigt hohen Sozialversicherungsbeiträge geben wollte, die weniger als 13.200 Euro Einheitswert haben.

Seit 1972 arbeitet Stefan Wurm am elterlichen Hof. 1983 hat er den landwirtschaftlichen Betrieb von seinen Eltern gepachtet und 1986 übernommen. Seine Eltern hielten Rinder, Legehennen und Schweine. Wurm hat sich auf Mastschweine spezialisiert und den überbetrieblichen Maschineneinsatz, schon bevor es den Maschinenring im Bezirk Wels gab, forciert. Der einst 28 ha große Betrieb wurde im Laufe der Zeit auf fast 100 ha Eigenfläche und 30 ha Pachtflächen erweitert. Ein besonderer Dank gebührt auch seiner Gattin, die 23 ha mitgebracht hat und ihm erlaubt, dass er so viel Zeit in Linz für die Anliegen aller Bäuerinnen und Bauern verbringt.

ÖkR Stefan Wurm wird sich auch in Zukunft für die Interessen der Landwirte in allen möglichen Gremien einsetzen.



von links: KR Elfriede Hemetsberger, Kammerdirektor der LK OÖ Mag. Karl Dietachmair, ÖR Stefan Wurm, KR Hannes Winklehner, KR ÖR Karl Keplinger und KR ÖR Johann Großpözl.

Listengemeinschaft aufgekündigt

UBV NÖ

In der letzten Ausgabe dieser Mitgliederinfo war ein „explosiver“ Kommentar zur gemeinsamen Kandidatur von UBV und „Freiheitlicher Bauernschaft“ zu lesen.

Der Landesvorstand des Unabhängigen Bauernverbandes Niederösterreich (UBV Niederösterreich) hat am 7. Mai 2019 folgende Beschlüsse gefasst:

- I. Die Wahlplattform zwischen dem UBV Niederösterreich mit der Freiheitlichen Bauernschaft wird mit sofortiger Wirkung aufgekündigt.
- II. Daraus abgeleitet erwarten wir von den „Freien Bauern der Freiheitliche Bauern

schaft“ ab sofort, das UBV Logo oder sonstige Formen, die den Eindruck erwecken, man habe nach wie vor eine Kooperation - egal in welcher Form - nicht zu verwenden (siehe auch Statuten UBV).

Begründung

Das Unbehagen bei vielen UBV Mitgliedern und deren Wunsch, dass der Unabhängige Bauernverband (UBV) wirklich unabhängig ist, führte nun zum Beschluss,

die Zusammenarbeit mit den FPÖ Bauern in einer gemeinsamen Wahl-Plattform zu beenden.

Die Entscheidung dazu wurde mittels des Vorstandsbeschlusses vom 7. Mai 2019 beschlossen.

Trotz dieser Entscheidung werden wir auch weiterhin mit allen politischen Parteien kooperieren, um die Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft zu verbessern.

Almflächenstreit - Lösung in Sicht?

UBV Salzburg

Im Jahre 2009 drohte Österreich seitens der EU eine Strafzahlung von 64 Mio. Euro. Der damalige Landwirtschaftsminister Berlakovich vermutete die Schuldigen bei den Almbauern, die sich durch überhöhte Flächenangaben unrechtmäßige Förderungen erschlichen hätten.

UBV Mitglied und betroffener Almbauer Johann Fuchs aus Unken weist nach, dass die erhobenen Vorwürfe allesamt nicht zutreffen, rechnerisch gar nicht zutreffen können. Die AMA-Rückforderungen von 2005-2014 sind daher unrechtmäßig.

Erst 2015 hat die Flächengröße eine Wirkung auf die Förderhöhe. Bis 2014 stand die Summe der Einheitlichen Betriebsprämie bereits vorher fest (abgeleitet aus den Tierprämien ohne Flächenbezug), die Fläche wurde lediglich beitragsneutral beigezogen.

Wo liegt der Fehler?

Almflächen sind schwer bis nicht korrekt zu messen, jeder Messer kommt zu anderen Werten. Die EU sieht in der Fläche jedoch die geeignete Messlatte; Österreich hat es versäumt, ein geeignetes Mess- und Prüfverfahren aufzubauen (das ist Aufgabe des Mitgliedslandes), die Bauern und unteren Behörden waren unzureichend vorbereitet.

Lösungsvorschläge

- Wiedergutmachung für die Betroffenen; also Rückerstattung der einbehaltenen Beiträge und Wiederherstellung der Ehre. Der UBV hat diesbezüglich im März eine Petition an die damalige Ministerin Elisabeth Köstinger überreicht. Der Europäische Gerichtshof hat 2014 erkannt, dass die Ausgangssumme zur Einheitlichen Betriebsprämie dem Bauern

rechtmäßig zustand und die Fläche nebensächlich war. Laut EuGH ist es rechtmäßig, auch die volle Betriebsprämie auf eine verkleinerte Fläche auszubehalten. Das wäre auch für Österreich ab 2005 möglich. Diese Erkenntnis bietet sich als Lösungsansatz für die politische Durchsetzung der Rückforderung an.

- Mit der EU eine flächenneutrale Zahlungsweise aushandeln, zB nach den aufgetriebenen GVE. Das erspart den Vermessungsaufwand, die GVE sind anhand der Ohrmarken leicht zu prüfen.

Johann Fuchs hat in Zusammenarbeit mit Konfliktforscher Franz Rohmoser eine mehrseitige Dokumentation zum Thema erstellt. Die Aufklärungsschrift steht auf www.ubv.at zum Download bereit.

Hans-Kudlich-Award

Der Unabhängige Bauernverband stiftet den neuen Hans-Kudlich-Award, der heuer erstmals verliehen werden wird. Mit diesem Preis sollen in Zukunft vor allem ehrenamtlich tätige Bauern ausgezeichnet werden, die sich jahrelang große Verdienste um die Bauernschaft erworben.

Und weil es heute - angesichts der sich rasend schnell ändernden Rahmenbedingungen - mehr denn je mutiger und weitblickender Männer und Frauen bedarf, die sich selbstlos für eine gedeihliche Entwicklung der heimischen Land- und Forstwirtschaft einsetzen, entschloss sich der Vorstand des Unabhängigen Bauernverbandes einen neuen Kudlich-Preis zu stiften. Der Hans-Kudlich-Award soll vor-

zugsweise Praktikern zugutekommen, die jahrelang, womöglich ehrenamtlich und auf jeden Fall erfolgreich und existenzsichernd für die Bauernschaft kämpften. Der Preis soll alle zwei Jahre verliehen werden. Den Preisträger wählt eine fachkundige Jury aus, die jeweils bei den Generalversammlungen des Bauernverbandes neu gewählt wird.

SCHA

Foto: Lechthaler



Einladung

Hans-Kudlich-Award-Verleihung des UBV

Zeit: Sonntag, 4. August 2019

Ort: Gasthof Aumayr, Haberedt 8, 4775 Taufkirchen a.d. Pram

19:00 Uhr bis 19:45 Uhr Eintreffen der Gäste

Ab 20:00 Uhr Festprogramm

Anschließend geselliger Ausklang

Zur Veranstaltung sind alle interessierten Landwirte herzlichst eingeladen.

Impressum und Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Herausgeber und Medieninhaber: Unabhängiger Bauernverband, Grub 8, 4771 Sigharting, 0664/2540898, office@ubv.at, www.ubv.at

Vereinsleitung: ÖR Karl Keplinger, Piberstein 11, 4184 Helfenberg; Stv.: Dipl.-Päd. Klaus Wimmesberger, Klinget 15, 4742 Pram; Hannes Winklehner, Galgenau 5, 4212 Neumarkt i. M.; Ilse Feldbauer, Geiselham 1, 4762 St. Willibald, Elfriede Hemetsberger, Meislgrub 4, 4872 Neukirchen a.d. Vöckla, Gudrun Roitner, Appersberger Straße 38, 4073 Wilhering. Kassier und Organisation: ÖR Johann Großpötzl, Grub 8, 4771 Sigharting. Bankverbindung: IBAN: AT92 2032 0321 0035 6455

Schriftführer: Werner Neubacher-Krenmeier, Leppersdorf 4, 4612 Scharten. Sekretariat: 0650/2624245. Redaktion: Dr. Rudolf Höhle, Kadettengasse 29/4, 8041 Graz, 0664/73629103 hoenle@aon.at. Blattlinie: Mitglieder- und Interessenteninformation. Hersteller/Druck: RehaDruck, 8051 Graz. Fotos; falls nicht anders angegeben: UBV. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen; für den Inhalt haften allein die Autoren.

Überleben statt abschaffen

Nach Thilo Sarrazin und anderen befasst sich nun auch Dr. Heinrich Birnleitner, ehemals österreichischer Botschafter, jetzt Eigentümer des Wasserschlosses Aistersheim mit land- und forstwirtschaftlichem Betrieb und Bauernverbandsmitglied, in der Neuerscheinung „Das Projekt Überleben - anstelle uns abzuschaffen“ kritisch mit der offensichtlichen Selbstaufgabe der autochthonen Bevölkerung Zentraleuropas. Von diesen Globalisierungsfolgen ist auch die Bauernschaft massiv betroffen. So geht der Buchautor nicht nur den Ursachen auf den Grund, sondern vermittelt auch Lösungsansätze.

Obwohl sich die Bauern 1848 an den revolutionären Kämpfen kaum beteiligten, wurden sie dennoch zum größten Profiteur, denn durch die Genehmigung des Antrages von Hans Kudlich wurde der Bauernstand Eigentümer des weitaus größten Teils des Staatsgebietes. Allerdings erwirtschaftet sie darauf heute nur noch 1,5 % des Bruttonationsproduktes; Tendenz sinkend. Auch wandert immer mehr Grundvermögen in andere Hände, da zum Beispiel die Getreideproduktion zu Weltmarktpreisen die zehnfache Betriebsgröße erfordert gegenüber der bestehenden und die Agrarförderungen zunehmend erlahmen. Und weil diese nicht ausreichen, droht nach Auffassung des Buchautors zudem die Wiedereinführung der Vermögens- und Erbschaftssteuern, die wiederum die Bauernschaft vermehrt trifft.

Nach Meinung des Buchautors

begann alles mit der Übernahme der Philosophie des Aristoteles und damit der Verdrängung der Sichtweise Platons. So setzte sich um die Wende zum zweiten Jahrtausend unserer Zeitrechnung die Meinung durch, dass die Existenz Gottes so real sei, dass sie sich sogar beweisen ließe, bis dann die aufkommenden Naturwissenschaften die Nichtexistenz Gottes unter Beweis zu stellen schienen.

Dagegen setzt der Islam nach wie vor primär auf den Willen des Menschen, so wie im ersten Jahrtausend auch das Christentum. Das Prinzip Allahs ist damit kaum angreifbar und die islamische Ethik eine Ethik der Sieger. Im Koran wird sogar zur Erlangung der Weltherrschaft aufgerufen.

Umgekehrt begünstigte das Christentum durch den „neuen“ Denkansatz die Hochblüte der Wissenschaft und Technik und führte zu hoher Arbeitsethik und enormer Wirtschaftsleistung und damit zu konkurrenzlosem Breitenwohlstand. Freilich kommen damit viele nicht zurecht. Immer mehr Menschen schlittern in eine Sinn- und Identitätskrise und geben sich offensichtlich selbst auf.

Der Autor stellt dem vorherrschenden Skeptizismus Vorschläge entgegen, wie für die westliche Zivilisation ein neuer Aufschwung eingeleitet werden kann. Diese Vorschläge beziehen sich einerseits auf den Bereich des Bewusstseins und der darauf aufbauenden Ideen, andererseits auf jenen der Wirklichkeit. Auf beiden Seiten zeigen

sich gegenwärtig fundamentale Fehlsteuerungen, die einer Korrektur bedürfen.

Die Fehlentwicklungen sind vor allem die Abkoppelung der Altersversorgung vom Vorhandensein eigener Kinder, der Ersatz der Nächstenliebe durch die Fremdenliebe, die Förderung des Gegeneinanders anstelle des Miteinanders, die Erziehung der Menschen zur Schuldhaftigkeit statt zur Lebensbejahung und auch die Verabschiedung der christlichen Kirchen von den Lebensinteressen der Gesellschaft.

Ing. Franz Schachinger

Dr. Heinrich Birnleitner
**Das Projekt Überleben -
 anstelle uns abzuschaffen**
 ISBN 9783748136392
 Buch: 17,90 Euro
 e-Book: 6,99 Euro



ÖVP feiert

Die alte Regierung, also die 4. letzte, keine von denen mit Eintagsfliegencharakter oder Übergangslösung, also die letzte demokratisch legitimierte, nahm es mit den demokratischen Regeln offensichtlich nicht so ganz genau. Erst stolpert der blaue Juniorpartner über ein Video, in dem der Vize zwar besoffen, aber noch Herr seiner Sinne, Pressefreiheit und andere Grundrechte und Regeln aussetzen oder „rechnungshof-konform“ zurechttricksen will. Kurz darauf hat der schwarze Koalitionsboss seinen Fauxpas geliefert, wie die NEOS recherchiert haben.

Gute Stimmung herrschte beim „Familienfest“ mit Kurz, Köstinger und Bogner-Strauß, gab das „Nachhaltigkeitsministerium“ am

1. Mai bekannt. Kurz hat es eröffnet - und dabei den „Staatsfeiertag auch zum Familientag“ erklärt. 15.000 bis 20.000 Menschen lauschten den Drei im Schönbrunner Schlosspark.

Finanziert vom Steuerzahler

Laut Recherche der NEOS soll das eintägige Event 231.000 Euro gekostet haben. Auf der Bühne standen 3 ÖVP-(Regierungs-) Mitglieder. Das Ministerium für Nachhaltigkeit rechnete dafür 47.000 Euro (bis 3. Juni) ab, beinahe 184.000 die Österreichischen Bundesgärten. Die Veranstaltung wurde nämlich als eine der Bundesgärten (die heuer ihr hundertjähriges Bestehen feiern) „in Kooperation“ mit dem Landwirtschafts- und dem Familienministerium de-

klariert. Die Ausgaben wurden über das Bundesbudget „bezahlt und verbucht“.

Detail am Rande: Im Veranstaltungskalender der Bundesgärten Schönbrunn habe ich die Veranstaltung nicht gefunden. Da drängt sich doch die Frage auf, ob vielleicht die Kooperation Bundesgärten-Ministerien erst nach Auftauchen erster kritischen Stimmen gezimmert wurde.

Zu guter Letzt wäre es sicher nachhaltiger und auf jeden Fall rechtskonform gewesen, das Geld den zu Unrecht sanktionierten Almbauern zukommen zu lassen.

Rudolf Hönle

Höherer Anteil für USA bei Importquote für Rindfleisch

Unter dem Druck von US-Präsident Trump will die EU amerikanischen Rindfleisch-Produzenten zu besseren Marktchancen in Europa verhelfen. Nach Angaben der EU-Kommission sollen künftig Teile des globalen EU-Einfuhrkontingentes von jährlich 45.000 Tonnen fest für US-Anbieter reserviert werden. Innerhalb von 7 Jahren könnte so der US-Lieferanteil auf 35.000 Tonnen pro Jahr steigen. Die übrigen 10.000 Tonnen stünden dann allen Drittländern, also auch noch einmal den USA zur Verfügung. Anteile von Uruguay, Australien und Argentinien, die bisherigen Hauptnutzer des

45.000 Tonnen Kontingents, würden durch die Zugeständnisse der EU an die USA verdrängt.

Das Einlenken der EU bei dem Thema gilt als ein Grund, warum sich Trump bereit erklärte, den Handelskonflikt mit der EU vorerst ruhen zu lassen und auch zusagte, vorerst keine weiteren Sonderzölle auf Autos oder andere Waren aus der EU einzuführen.

Der Unabhängige Bauernverband fordert weiterhin die Bundesregierung, die EU-Abgeordneten sowie die Kommission auf, die Rindfleischimporte aus Über-

see zu stoppen oder den europäischen Rindfleischproduzenten einen finanziellen Ausgleich für den Preisverfall zu gewähren.



Foto: Uwe Ruhrmann/pixabay

100 Jahre Bauernbund



Ja, ich war auch dabei! Schön wär's zu feiern, wenn nicht seit EU-Beitritt viele, zu viele, ca. 125.000 Bauern weniger wären! Und wenn sich bei unserer Regierung und der EU nichts ändert - und so schaut es aus - sind weiterhin unsere Erholungslandschaft, die Bauern und sogar ganze Dörfer wegen Abwanderung vor dem Aus.

Trotzdem verordnen unsere Regierungen und die EU gegen uns Bauern weitere Belastungen und

Verordnungen und erhöhen Einheitswerte und Sozialabgaben, und das trotz fallender Erzeugerpreise bei Milch, Holz und Vieh. Ohne Gegenleistung für den Berufsstand laufen trotzdem brave Bauern als Laufburschen für Bauernbund und andere Parteien und sind dadurch Sterbebegleiter und nicht Kämpfer für viele betroffene Bauernbetriebe. Dabei wird es auch für die „besseren“ Betriebe immer schwieriger, das Erbe trotz Nebenerwerb - „unser Dahoam“- zu erhalten. Nicht „wachsen und oder weichen“, sondern lebensfähige Nachbarn brauchen wir. Wir müssen aber auch bereit sein, selber bei den eigenen Parteien für eine positive Änderung der bäuerlichen Situation in Österreich und in der EU einzutreten und Widerstand bei bauernfeindlichen Absichten und Regelungen leisten, weil nur Zuschauen und Jammern keine Änderungen bewirken. Wenn ungerechter Weise ca. 80 % der Bauernbetriebe nur ca. 20 % der EU-Ausgleichszah-

lungen, im Durchschnitt 12.000 Euro und weniger, im Jahr erhalten, wird auch der Generationswechsel schwieriger. Damit nicht die restlichen, kleineren, noch aktiven bäuerlichen Betriebe, trotz Fleiß und Vielfalt, dem Wolf, dem Klima und dem Weltmarkt zum Opfer fallen, hat der UBV einen Vorschlag und Antrag an Regierung und EU eingebracht, der den österreichischen Bauern 3 Mrd. Euro mehr an Einkommen brächte, was notwendig ist, um mit dem Einkommen anderer Berufsgruppen mitzuhalten. Das würde weiters der Abwanderung und Entsedelung sowie Verwaltung entgegenwirken und damit Erholungslandschaft, regionale Wirtschaft und Dorfleben für alle erhalten. Es wird daher an uns Betroffenen selber liegen, diesen Antrag und Vorschlag bei den maßgebenden Parteien und Körperschaften kräftig zu unterstützen und einzufordern.

Albert Brandstetter aus Ternberg (OÖ)

Veranstaltungen

- 4. August 2019** Hans Kudlich Award Verleihung
- 27. August 2019** Erweiterte Landesleitungssitzung UBV NÖ
- 26. September 2019** Vollversammlung der LWK OÖ in Linz
- 13. Oktober 2019** Landesverbandstag UBV NÖ
- 30. November 2019** UBV Bundesklausur
- 6.–9. April 2020** Exkursion nach Polen




**Wir denken in
Schnittmarken und
Falzkanten.**

Beratung | Gestaltung | **Offset-/Digitaldruck** | Fertigung | Veredelung

Reha Dienstleistungs- und Handels GmbH
Viktor-Franz-Straße 9 | A-8051 Graz | T (0316) 68 52 55 | rehadruck@rehadruck.at | www.rehadruck.at

MZ 02Z030371 M P.b.b.
Verlagspostamt: 8000 Graz

Retouren bitte an:
Johann Großpötl, Grub 8, 4771 Sigharting